

BLITZ-BRIEFING:

BUNDESHAUSHALT 2023

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden

20. November 2022

Zweite / Dritte Beratung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltspans für das Haushaltjahr 2023

I. Sachverhalt

In der Bereinigungssitzung hat der Haushaltausschuss am 10. November 2022 den Gesetzentwurf Bundeshaushalt 2023 abschließend beraten. Dem folgen nun die Zweite und Dritte Lesung im Deutschen Bundestag. Im Ergebnis sollen sich **Ausgaben und Einnahmen auf 476,3 Mrd. Euro belaufen**. Dabei soll die nach der Schuldenregel **maximal zulässige Kreditaufnahme von 45,6 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft** werden. Dies bedeutet gegenüber dem Regierungsentwurf einen **Zuwachs der Nettokreditaufnahme um 28,4 Mrd. Euro**. Dennoch wird 2023 die **Schuldenbremse formal wieder eingehalten**. Die Steuereinnahmen als wichtigste Einnahme des Bundes sinken gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 4 Mrd. Euro auf 358,1 Mrd. Euro. Die Investitionen sollen um knapp 13,1 Mrd. Euro auf fast 71,5 Mrd. Euro steigen. Hingegen **sinkt der Etat des Bundesministeriums für Verteidigung um fast 300 Mio. Euro**.

II. Unsere Position

Der Bundeshaushalt 2023 **der Ampel** ist enttäuschend. **Von der vielfach angekündigten Priorisierung und klaren Schwerpunktsetzung ist nichts zu sehen**. Statt die Bundesausgaben zu konzentrieren, was in der aktuellen Krisensituation mehr als angebracht wäre, scheint die Ampel auch beim Bundeshaushalt **nach dem beliebten Ampel-Motto „jeder bekommt etwas“** vorzugehen. So wird der brüchige Burgfrieden der Koalition mit vielen neuen Schulden erkauft. Auch von dem lautstark angekündigten **Abbau von Subventionen fehlt jede Spur**. Am unverständlichsten ist aber angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa, **dass sich – entgegen den Ankündigungen des Bundeskanzlers – beim Verteidigungsetat nichts Sichtbares tut**. Wie das 2 Prozent-NATO-Ziel erreicht werden soll, bleibt unklar.

Zwar wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf 2023 **die Schuldenbremse formal eingehalten**. In Wirklichkeit hat die Ampel aber im Laufe des Jahres 2022 **in verschiedenen Sondervermögen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe geparkt, die ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse in den Jahren 2023ff. ausgegeben werden sollen**. Dies verstößt insbesondere gegen die Grundsätze von

Haushaltswahrheit sowie -klarheit und Jährlichkeit. Damit wird die **formale Einhaltung der Schuldenbremse 2023 zur Farce**. Zum Vergleich: Die **Gesamtverschuldung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in den Jahren 1949-1990** summierte sich auf gerade einmal rund 500 Mrd. Euro. In nur einem Jahr häuft die Ampel Schulden in gleicher Höhe an. Wir stellen den Ampel-Ideen ein **angebotsorientiertes Wachstumspaket für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland und sichere Arbeitsplätze** gegenüber. Hierzu haben wir **unter Krisengesichtspunkten Ausgaben im Bundeshaushalt neu priorisiert und Einsparpotenzial identifiziert**. Unser Vorschlag setzt Mittel zum **Schuldenabbau ein** und konzentriert sich auf die **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie Maßnahmen zur inneren und äußereren Sicherheit**:

- Im Fokus steht die **steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent zu begrenzen** (durch Absenkung des Körperschaftsteuersatzes um fünf Prozentpunkte) und die Optionsmöglichkeiten für Personenunternehmen zu erweitern. Dies würde die Unternehmen um **15 Mrd. Euro jährlich entlasten**.
- Dem **Fachkräftemangel** wollen wir mit einem **421 Mio. Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken**; insbesondere im Rahmen der beruflichen Bildung, Werbeoffensive für Handwerksberufe und einem Digitalpakt für berufliche Bildung.
- Wir nehmen das **2 Prozent-Ziel der NATO** ernst und fordern die Aufstockung des Verteidigungsetats und höhere Ausgaben aus dem Sondervermögen - **insgesamt um 16 Mrd. Euro**. Mit zusätzlich mehr als **580 Mio. Euro** wollen wir den **Zivil- und Katastrophenschutz** stärken.

III. Sprachempfehlung

Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren muss, dann muss das auch für den Bund gelten. Hinzu kommt, in dem aktuellen Krisenmix, der unser Land in bisher ungekannter Weise herausfordert, **braucht es schnelle, wirkungsvolle und zielgerichtete Unterstützung**. Von all dem ist **im Bundeshaushalt 2023 nichts zu sehen**. Die **Bundesregierung hat die „Zeitenwende“ abgesagt**.

Ein solches **Vorgehen wird aber weder der aktuellen Krise noch den vollmundigen Versprechen der Ampel gerecht**. Das zeigt sich besonders anschaulich bei den Verteidigungsausgaben, bei denen Ampel-Versprechen und Wirklichkeit klar auseinanderklaffen. Mit unseren Vorschlägen nehmen wir den **Bundeskanzler beim Wort und fordern 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung**.

Überhaupt gilt für diesen Bundeshaushalt: „**Nachhaltig**“ und „**zukunftsorientiert**“ geht anders. So ist es **keine große Leistung, die Schuldenbremse formal einzuhalten, wenn man sie gleichzeitig aushöhlt und über Schattenhaushalte riesige zusätzliche Schuldenberge anhäuft**. Die mit dieser Verschuldung einhergehenden explodierenden Zins- und Tilgungslasten gehen klar zu Lasten zukünftiger Generationen.

All dem haben wir ein **starkes angebotsorientiertes Wachstumspaket ohne neue Schulden** gegenübergestellt. **Unser Vorschlag setzt Mittel zum Schuldenabbau ein und konzentriert sich auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit.** Insbesondere wollen wir die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen. Außerdem fordern wir mehr als 580 Mio. Euro für den Zivil- und Katastrophenschutz. Um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken, fordern wir um 16 Mrd. Euro höhere Verteidigungsausgaben (Verteidigungsetat und Sondervermögen). Dem Fachkräftemangel wollen wir mit einem 421 Mio. Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des „Blitz-Briefings“ aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cdcsu.de